Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 12 (1932-1933)
Heft: 12

Artikel: Politischer Brief aus Frankreich
Autor: Pütz, Alfons
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-157561

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politischer Brief aus Frankreich.

Von **Alfons Pütz.**

Auf Eduard Herriot ist Paul-Boncour, genannt der kleine Robespierre, auf Paul-Boncour Daladier, der Stier aus der Camargue, gefolgt, und wenn diese Zeilen erscheinen, fügt sich vielleicht, wenn auch nicht wahrscheinlich, ein neuer alter Name oder Spitzname an: „Je mehr sie ändern, umso mehr bleiben sie die gleichen", sagt ein französisches Sprichwort, das für republikanische Zustände eigens geprägt zu sein scheint. Allerdings bleiben sich die Umstände, Verhältnisse und Probleme ebenfalls gleich: Finanzsorgen, Haushaltselend, „Dickesousfragen", und damit in Zusammenhang wenigstens nach außen hin ein heilloses Chaos, ein Kampf Aller gegen Alle, ein nationales Seilziehen, wobei es sich für die verschiedenen Klassen und Stände nur um dies Eine handelt, nicht zahlen zu müssen. In den schönen Maitagen dieses Jahres gab sich Frankreich eine entschiedene Linksmehrheit mit überwiegendem sozialistischem Einschlag, weil ihm mitten in der Wirtschaftskrise vor neuen Steuern bange war, und weil es dem sozialistischen Abgeordneten Renaudel recht gab, der das Geld da nehmen will, wo es ist. Wo aber ist in Frankreich das Geld? Sieht man die Steuererklärungen durch, so glaubt man: Nirgends. Caillaux meinte in seiner letzten Senatsrede, man befinde sich in ähnlichen Zuständen wie 1789, am Vorabend der großen Revolution. Nur waren es damals 60 000 Menschen, die verschwendeten, was die ganze Nation an Steuern zahlte, während die Dinge heute genau umgekehrt liegen: 60 000 Menschen bezahlen, was sechs Millionen Staatsrentner verzehren. Damit sind wir bei einem Kapitel innerfranzösischer Politik angelangt, das grundlegend erscheint für das Verständnis der gegenwärtigen Allgemeinlage.

I.

Es heißt den Franzosen sicher nicht beschimpfen, wenn man feststellt, er sei in Steuerdingen von jeher ein arger Drückeberger gewesen. Kein Stand ist in Frankreich verhaßter als der des „Percepteur", und ganze Wagenladungen beißenden Spottes ergießen sich tagtäglich über die Häupter dieser Unglücklichen, denen jedes menschliche Gefühl fremd zu sein scheint. Sobald es ans Steuerzahlen geht, erhält der Staat plötzlich ein ganz anderes Gesicht: er besteht dann nur mehr aus ein paar lächerlichen Bürokraten, „ronds-de-cuir", deren einzige Funktion die ist, sich hemmend zwischen die Räder des wirtschaftlichen Getriebes zu werfen. Es erscheint als ein Gebot der Klugheit, diesen unnützen Drachenstaat auf alle denkbare Weise zu hintergehen: „Nur die Einfaltspinsel zahlen Einkommensteuer!" pflegte schon Louis Loucheur zu sagen. Merkwürdig genug: der Franzose opfert dem Staat unter Umständen gerne sein Blut, doch nicht sein Geld; das eine gilt als heroisch, das andere als naiv. Während so ziemlich über-

all die Steuerrevolte aufflackert, geschah in einer kleinen Gemeinde des Südens Folgendes: der Bürgermeister öffnete vorzeitig die geheimen Vorschriften über Mobilmachung und schickte den Trommler aus, um die wehrfähigen Männer unter die Fahnen zu rufen. Seit 1914 weiß in Frankreich Jeder, daß Mobilmachung gleichbedeutend ist mit Krieg: trotzdem machten sich nach kurzem Abschied Alle auf den Weg zur Unterpräfektur. Wie ganz anders ist die Reaktion, wenn es sich um die ebenso selbstverständliche Pflicht des Steuerzahlens handelt! Auf diesem Gebiet besteht so etwas wie ein beständiger Stellungskampf zwischen dem Staat und seinen Bürgern; ein jeder betrügt nach bestem Wissen und Können, und in breiter Öffentlichkeit tun sich Beratungsämter auf, worin ehemalige Steuerbeamte gegen angemessenes Honorar die einzelnen Bürger in der Kunst unterrichten, den Staat ohne großen Schaden zu hintergehen. Uralte Instinkte sind bis heute wach geblieben, und die angeborene Sparsamkeit des Franzosen vermag nicht alles zu erklären. Der tiefverwurzelte Individualismus des Durchschnittsbürgers überzeugt leicht davon, daß jeder Centime, der dem Staate überantwortet ist, verlorenes Geld darstellt, daß letzten Endes jeder allein sich helfen muß — was ihn jedoch nicht verhindert, von dem gleichen Staat unter der Form von Subsidien jeglicher Art, Renten, Unterstützungen u. s. w. so viel wie möglich herauszupressen. Aus dem Kampfe der Nation gegen die geldgierige Monarchie wurde die große Revolution geboren; 25 Jahre später jubelte Paris den einziehenden Verbündeten zu, weil Napoleon mit dem letzten Herzblut die Wollstrümpfe der Franzosen geleert hatte, und der finanzielle Kampf setzte sich gegen den Bürgerkönig, das zweite Kaiserreich und die dritte Republik hartnäckig fort. Nicht Hochverrat allein brachte Josef Caillaux vor den obersten Gerichtshof des Senats, sondern mindestens in gleichem Maße die von ihm erkämpfte Einkommensteuer; seit Jahren fallen sämtliche Kabinette durch ihre Finanzminister, werden die Wahlen über Steuerfragen ausgefochten. Das Wort des Kaisers Maximilian ist längst nicht mehr zutreffend: „Die Völker des Königs von Frankreich zahlen, ohne zu murren."

II.

Dieser erbitterte Kampf hat nunmehr seinen Höhepunkt erreicht, und damit ändert sich zugleich sein Charakter. Zum ersten Mal seit einem Jahrhundert treten Volksstände und nationale Schichten auf den Plan, die bisher in den rückwärtigen Linien verblieben waren, und aus denen man im besten Fall ganz vereinzelte Stimmen vernahm. „Die Hämmel werden toll!" heißt es überall. So etwa die großen, offiziell anerkannten Handelskörperschaften, deren Interessen insgemein von der Informationspresse vertreten werden, und die sich bisher darauf beschränkten, an dem Staat als „metaphysischem Ungeheuer" Kritik zu üben, ohne in der eigentlichen politischen Schlacht Stellung zu nehmen. Ein paar Hundert mächtige Verbände — drei Deutsche bilden zusammen einen Verein, drei Franzosen einen

Verband, die einen gehorchen dem Gefühl, die andern dem Verstand — haben in aller Eile einen fast revolutionär anmutenden „Comité de salut public" gebildet, der für ganz Frankreich diktatorische Maßnahmen trifft. Als ein vorzügliches Protest- und Propagandamittel erscheint diesem Ausschuß die zeitweilige Schließung der Läden, die nach dem Vorbild in Lyon und in andern Provinzstädten nunmehr auch in Paris mit unleugbarem Erfolg durchgeführt wurde. Der „Verband der Steuerzahler" will natürlich nicht zurückstehen, und zwar aus Patriotismus, nicht aus niederem Interesse; man ist vielfach besonders in der Provinz dahin gekommen, den offenen Steuerstreik als ein Gebot der Vaterlandsliebe zu bezeichnen, und mit trikoloren Fahnen geht man gegen die verhaßten Finanzämter vor! Diese seltsame Ansicht — sie ist nicht etwa nur Heuchelei, sondern tiefe Überzeugung — entspringt der festen Gewißheit, daß der Sparstrumpf des Einzelnen ein Nationalheiligtum ist, an das man im Interesse Frankreichs selber nicht rühren dürfe, da es zu dessen Wohle unerläßlich sei. Kein Geringerer als Josef Caillaux hat jüngst unter dem Beifall seiner Landsleute die These aufgestellt, das ganze gegenwärtige Finanzelend rühre daher, weil der französische Staat vor ein paar Jahren zu reich geworden war: die berühmten 19 Milliarden Chérons sind die Schuldigen! Das französische Geld gehöre nicht in die Kassen des Staates, sondern wie seit undenklichen Zeiten in die Wollstrümpfe der Bürger; der Staat mache damit nur „Dummheiten", erwecke mit seinem törichten Prahlen nach Außen hin Neid, im Innern wachsende Unzufriedenheit. Der immer schärfer werdende Steuerstreik wird hie und da sogar von offenem Hohn begleitet, der in Einzelfällen geradezu tragisch wirkt: so schickte ein bekannter Radiologe statt seiner Steuererklärung ein wohlverpacktes Glas ein, worin sich, in Spiritus aufbewahrt, sein Mittelfinger befand, der ihm in Ausübung seines gefährlichen Berufs abgenommen worden war. Man braucht auf dieser Bahn nur noch ein wenig weiterzugehen, und man ist bei dem räudigen Hunde angelangt, den die alten Germanen den Ungarn statt des Tributes übersandten. Schärfer noch als bei den einzelnen Steuerzahlern tritt die Krisis im Verhältnis des Staates zu seinen Beamten hervor, die bisher ohne Zweifel, besonders soweit es sich um eine Linksmehrheit handelte, die stärksten Stützen des Regimes bildeten. Gewiß rächt sich auch hier alte Schuld: Aufs Feierlichste war ihnen bei den Wahlen von der gesamten Linken versprochen worden, daß unter keinen Umständen an ihren Gehältern und Bezügen gerührt würde. Es war klar, daß dieses Versprechen ein zweites einschloß: die arbeitenden Klassen überhaupt dürften nicht angetastet werden. Längst schon sind die großen französischen Beamtenverbände mit den Arbeitergewerkschaften solidarisch; die Fédération Nationale gehört als Sonderverband der alten Confédération Générale du Travail an und, nachdem nun auch die abgezweigten kommunistischen Organisationen dem gemeinsamen Kampfe beigetreten sind, erscheint die Front geschlossen. Trotz aller Warnungen sind die Staatsbeamten mittlerweile zur action directe über-

gegangen, indem sie in der letzten Februarwoche einen kurzen „Demonstrationsstreik" ins Werk setzten; man weiß, daß der französische Staat die Beamtenverbände theoretisch immer noch als ungesetzlich betrachtet, und die Lage gleicht in vieler Beziehung der des Jahres 1910, wo Briand mit der bekannten rücksichtslosen Energie vorging. Natürlich kommen dergleichen Gewaltmaßnahmen heute nicht mehr in Frage, schon aus dem einfachen Grunde, weil die Kraftverhältnisse stark verschoben sind: die Beamten sind nicht nur rein zahlenmäßig um 220 000 Einheiten stärker geworden — 841 781 gegen 617 759 im Jahre 1914 —, sondern sie haben an durchsetzendem Einfluß unschätzbar viel gewonnen, und selbst eine Regierung der Rechten möchte sich heute, derb gesagt, an ihren Verbänden die Zähne ausbeißen. Es handelt sich hier wie überall um ein grundlegendes, allgemeines Problem: Die Autorität des Staates, die nie so tief gesunken war wie eben heute.

III.

Der Professor für öffentliche Finanzen an der Rechtsfakultät der Pariser Sorbonne, Gaston Jèze, eine Leuchte der Wissenschaft gerade vom republikanischen Standpunkt aus, und der stets gehörte Ratgeber aller Linksregierungen, hat in der Zeitschrift „Le Capital" ein vernichtendes Urteil über das gesamte parlamentarische Regime gefällt, wie es seit Jahrzehnten in Frankreich gehandhabt wird. Es ist, was André Tardieu die „Tiefenkrisis" nennt, zum Unterschied von der bloßen „Flächenkrisis", die sich auf die gegenwärtige Kammer und die Unmöglichkeit einer festen Regierungsmehrheit bezieht. Die „Tiefenkrisis" besteht weiter, selbst wenn es gelänge, das Problem der Mehrheit etwa durch die Bildung einer nationalen Regierung zu lösen; die Konzentration Poincarés zerschellte, wie der Bloc national Millerands. In den Einrichtungen selber liegt das Übel, meint Tardieu, und der Linkspolitiker Jèze gibt ihm recht. „Mit fortschreitendem Alter verblassen die Tugenden eines Regimes, und dessen Laster und Mißbräuche treten stärker hervor," schreibt Tardieu in einer Artikelfolge der Illustration. Notieren wir kurz die Hauptmerkmale dieser Tiefenkrisis: Das Gleichgewicht der verschiedenen Staatsgewalten wird zerstört, und zwar stets zugunsten der gesetzgebenden Gewalt. Das Parlament fühlt sich immer mehr als geschlossene Kaste, die nur mehr eine einzige Sorge hat: wie sie ihren Wählern, das heißt, genauer gesagt, den almächtigen Wahlausschüssen und Parteiklubs, zu Diensten sein kann. Welche Macht stellen dieser Allmacht gegenüber heute noch die Minister dar? Sie wechseln oft noch schneller als der Mond; seit dem Waffenstillstand hat Frankreich nicht weniger als 27 Kabinette gehabt, 90 seit dem Bestehen der dritten Republik. Es ist so weit gekommen, daß die Minister überhaupt nicht mehr für ihr Departement verantwortlich sind; in den letzten sieben Jahren haben die öffentlichen Arbeiten zum Beispiel elf verschiedene Titulare gehabt, während der parlamentarische Berichterstatter für dieses Departement in

dieser langen Zeit der gleiche geblieben ist. Kein Wunder, daß sich dieser Politiker für den Verwaltungszweig viel verantwortlicher fühlt als der zufällige Minister; daß er mit der Verantwortung zugleich auch die Rechte des Ministers beansprucht, erscheint durchaus logisch, und auf diese Weise erklärt sich der überwiegende Einfluß der großen Kammerkommissionen, vor denen sich der Minister beinahe wie ein Schuljunge ausnimmt. Anderseits kann man unter den heutigen Umständen von den Vertretern des „Volkes" nicht verlangen, daß sie einzig und allein für die Belange der Gesamtheit eintreten; die Furcht vor dem Wähler ist längst nicht mehr der Anfang der Weisheit, sondern der Torheit, weil von den Massen niemand staatsmännischen Sinn erwarten darf. Angesichts dieser unleugbaren Tatsachen mehren sich die Stimmen derer, die in Frankreich eine gründliche Änderung der veralteten, aus dem Jahre 1875 stammenden Verfassung fordern; vielleicht ist es nötig, der Kammer das Initiativrecht für neue Ausgaben zu nehmen, das der Senat bekanntlich nicht besitzt, und den Sturz des Kabinetts mit der sofortigen Auflösung des Parlaments zu verbinden. Ebenso wird, um die Massen des Volkes endlich mit den großen Problemen des Staates vertraut zu machen, die Einführung des Referendums nach Schweizer Muster gefordert, und natürlich auch das Stimmrecht der Frauen; eine tiefgehende Verwaltungsreform soll endlich den „Beamtenstaat" in seiner bisherigen Form beseitigen, das Heer der Staatsdiener abbauen und eine Unverträglichkeitsnorm aufstellen zwischen den Pflichten eines öffentlichen Beamten und der aktiven Zugehörigkeit zu ausgesprochen revolutionären Parteien. Alle diese Anregungen, Projekte und Forderungen schwirren ziemlich chaotisch durcheinander und verleihen der „Tiefenkrisis", die gegenwärtig das republikanische Regime wie das Staatsgefüge überhaupt erschüttert, beredten Ausdruck; ob und wie es zu einer Tat kommen kommen kann, ist eine ganz andere Frage, und Pessimisten neigen der Ansicht zu, daß es noch viel schlimmer kommen müsse, zu einer richtigen Revolution.

IV.

Dies alles erscheint umso merkwürdiger, als die finanzielle Lage in Frankreich, bei Licht besehen, gar nicht so verzweifelt ist, wie man sie vielfach darstellen möchte. Zwar behauptet, natürlich aus politischen Gründen, der Schwarzseher Lémery im Senat: Frankreich sei ruiniert und stehe vor dem Bankrott, und er führt dafür eine Menge Ziffern an. Eine Staatsschuld von 300 Milliarden, einen Verlust der Börsenwerte von 483 Milliarden, die Vernichtung der tragkräftigsten Volksklassen, des Ackerbaus, der Industrie, der Handels zugunsten der ewigen Blutsauger am Staat. Aber man könnte ihm ohne große Schwierigkeit andere Ziffern entgegenhalten: die ungeminderte Sparkraft der Nation, die nach wie vor gewaltige Milliardenwerte schafft, die ungeheure Thesaurisation, die bei niedrigster Schätzung 25 Milliarden beträgt, die Leichtigkeit, mit der trotz Krisis und

Vertrauensschwund innerhalb weniger Tage 2 Milliarden Staatsanleihe gezeichnet wurden, und zwar ausschließlich von französischen Kleinsparern. Gewiß ist die wirtschaftliche Weltdepression auch in Frankreich fühlbar, aber doch bei weitem nicht in dem gleichen Maße wie überall sonst, und der Lebensstandard des Durchschnittsfranzosen unterscheidet sich kaum von dem der gesegneten Prosperity; zwar gibt es auch hier Arbeitslose, aber nur wenig mehr als 300 000, eine fast verschwindende Ziffer, spüren das Bedürfnis, sich als solche bei den öffentlichen Fürsorgeämtern einschreiben zu lassen, während die Mehrzahl an ihren Reserven zehrt und auf bessere Zeiten wartet. Der Vergleich mit Deutschland etwa ist geradezu grotesk: so zwar daß, wer in Frankreich lebt, sich von deutschen Zuständen überhaupt keine Vorstellung machen kann, wodurch das gegenwärtige totale Unverständnis auch in politischer Beziehung erklärlich wird. In der Hauptsache ist die Krisis doch formaler Natur; den staatlichen Gewalten scheinen die Zügel vorübergehend entfallen zu sein, und das an sich rüstige Gespann trabt aufs Geratewohl dahin, den Eindruck größter Unordnung, ja der völligen Anarchie erweckend. Man sehe sich zum Beispiel die Tragikomödie des Budgets an: Entworfen, drei- oder viermal überarbeitet, zerflickt, zerrissen und wieder notdürftig zusammengenäht; in der Not ein „nacktes" Zwölftel, dann ein Ministersturz, ein zweites ebenso „nacktes" Zwölftel, neue Entwürfe, neue Abänderungen — ein Harlekinskleid, das man schließlich nicht einmal vorzuzeigen wagt. Es geht von einem gewaltigen Fehlbetrag die Rede: sachverständige Minister setzen sich hin, berechnen ihn haarscharf auf 7 Milliarden und schlagen entsprechende Einnahmen vor. Sie werden gestürzt, andere Experten treten an ihre Stelle, rechnen noch genauer und finden 12, dann sogar 15 Milliarden Defizit. Sie werden wiederum beseitigt, und die letzte Weisheit ist, daß der Fehlbetrag 9 Milliarden beträgt; man sieht nicht ein, warum er morgen nicht 20,5 oder bloß 2 Milliarden sein soll: ein richtiges „Harmonikadefizit", das sich nach Belieben ziehen und drücken läßt. Und dabei spricht man von der Mathematik als einer exakten Wissenschaft! Ein anderes Beispiel: vor Wochen verkündete der normannische Finanzminister Chéron, Frankreich gebe täglich 1,300,000 Franken mehr aus, als es einnehme, und die Staatskassen seien leer, weshalb er sich in aller Eile neue Schatzbons in Höhe von 5 Milliarden bewilligen ließ. Heute, nach genau 27 Tagen, hört man aus dem Munde seines Nachfolgers Bonnet: von den 5 Milliarden sei erst 1 Milliarde verausgabt, so daß man noch über 4 + 2 Milliarden der Postanleihe verfüge. Multiplizieren wir 1,300,000 mit 27, so beträgt das Ergebnis rund dreieinhalb Milliarden; wo hat man, wenn beide Minister die Wahrheit sprachen, die fehlenden 2,5 Milliarden hergenommen?

V.

Die Erklärung für dergleichen Rätsel liegt natürlich auf dem politischen Gebiet. Chéron war bewußt Schwarzseher und rief immer wieder

nach seinen 19 Milliarden, die innerhalb weniger Jahre zerflattert waren; er spielte im Kabinett Paul-Boncour eine überragende, zu seiner gewichtigen Persönlichkeit im Verhältnis stehende Rolle, und mochte den Ehrgeiz haben, zum finanziellen Retter Frankreichs zu werden. Seine Nachfolger Lamoureux und Bonnet fühlen sich viel stärker parteipolitisch gebunden, und dem Ministerpräsident Daladier ist daran gelegen, mit kleinen, aber sicheren Mitteln eine feste Mehrheit zu schaffen. Dazu bedarf es nicht nur einer vorsichtigen, katastrophenfreien, die Schwierigkeiten klug verteilenden Politik im Inneren, sondern auch einer klaren, festen Richtung nach Außen hin; und dem ehemaligen Geschichtsprofessor macht dieses eine viel mehr Sorge als jenes andere. Frankreich sucht außenpolitisch neue Wege: weniger aus eigenem Antrieb, als aus dem Zwang der Verhältnisse. Die verschiedenen Ideologien von Genf mochten ihm noch für lange genügen; die Gefahr war dabei gering, der Nutzen verhältnismäßig groß. Nun häufen sich plötzlich die Ereignisse. Die angelsächsische Welt rückt weiter zurück, Amerika besonders tritt um der nichtbezahlten Schulden willen in eine kaum verhüllte Gegnerschaft zu Frankreich, und selbst der zahlungsfreudige Herriot vermag hier keine praktischen Ratschläge zu erteilen. Im Herzen Europas bildet sich ein Revisionsblock, der gar nicht auf festen Abmachungen und Bündnissen zu beruhen braucht; dieser Block geht von einer ganz verschiedenen politischen Ideologie aus, stellt sich mit fast elementarer Gewalt der alten demokratischen Staatsauffassung entgegen. Herriot als politischer Chef der herrschenden radikalen Partei macht erst den Versuch, das italienische Glied abzusprengen; es mißlingt. Dann tritt er mit dem deutschen Reichskanzler von Papen in vertrauliche Besprechungen ein, die an tausend Widerständen scheitern. Eingeweihte versichern, er habe noch vor wenigen Wochen aus der Berliner Vizekanzlei einen Brief erhalten, ohne daß über den Inhalt irgendetwas zu erfahren ist. Stehen seine seltsamen Erklärungen im Kammerausschuß damit in Zusammenhang? Jedenfalls holte er vor der breiten Öffentlichkeit zu einer starken Offensive um die Freundschaft Sowjetrußlands aus, ohne daß die Regierung Daladier selber bis jetzt dazu Stellung genommen hätte. Dagegen verhandelte der Außenminister Paul-Boncour in Genf mit den Vertretern der verbündeten Oststaaten, und das Ergebnis ist bekannt: in dem gleichen Genf des Völkerbundpaktes wurde das Abkommen vom 16. Februar geschlossen, von dem die französischen Blätter selber behaupten, daß es ein diplomatisches Instrument von unerhörter Schärfe darstelle. Man erinnert in diesem Zusammenhang an eine Erklärung des führenden Kopfes Eduard Benesch in der „Revue de Paris", die wörtlich heißt: „An einem Morgen des Jahres 1922 befand ich mich in meinem Büro des auswärtigen Amtes; da wurde mir gegen 11 Uhr die Meldung überbracht, daß der Kaiser Karl unerwartet in Budapest eingetroffen sei. Sofort rief eine Stimme in meinem Geiste: „Heute Abend muß mobilisiert werden." Ich ging hastig hinaus, immer von dem Satze verfolgt: „Man muß mobilisieren — man muß mobilisieren." Ich

suchte den Präsidenten Masaryk auf und sagte zu ihm, ohne Vorbereitung, ohne Begründung, wie eine augenscheinliche, dringende Sache: „Heute Abend muß mobilisiert werden."

Man denke sich nun folgende Lage: Es ereignet sich irgendein Zwischenfall, der ebenso ernster Natur sein kann wie die Ankunft des Kaisers Otto in Budapest. Die zunächst betroffene Macht mobilisiert ohne Säumen, ohne Befragung des Völkerbundes, an den der sonst so genfbegeisterte Herr Benesch augenscheinlich gar nicht dachte. Ganz automatisch mobilisiert dem Genfer Pakt vom 16. Februar gemäß die ganze Kleine Entente, die Armeen vereinigen sich — wahrscheinlich durch das dazwischenliegende österreichische Gebiet hindurch —, andere Länder, Polen etwa, haben sich inzwischen angeschlossen: welches wird dann die Haltung Frankreichs sein? An ein Zurück ist unter solchen Umständen kaum noch zu denken; der europäische Krieg ist entfesselt, über den Völkerbund hinweg, der weder zu Atem noch zur Sprache kam.

Manche Anzeichen lassen darauf schließen, daß sich die gegenwärtigen Führer Frankreichs von dem ungeheuren Ernst der Lage Rechenschaft ablegen. Die alten politischen Tafeln — sie galten gestern noch als neu, und wurden als solche gefeiert — scheinen zerbrochen zu sein: neue Systeme, neue Machtverbindungen, neue Ideologien auch steigen empor. Frankreichs Schlüsselstellung ist nach wie vor unbestreitbar. Nach wie vor ist Sinn und Gang der Entwicklung zum großen Teil in seine Hand gegeben. Hoch über alle innerpolitischen Schwierigkeiten erheben sich äußere Entscheidungen, die um das Schicksal Europas gehen.

Das Elsässische Theater der Nachkriegszeit.

Von **Désiré Lutz.**

Die elsässische Kulturbewegung, die man seit mehr als dreißig Jahren unter dem Begriff des Elsässischen Theaters zusammenfaßt, wuchs und erstarkte einzig auf dem kollektiven Urgrund der provinziellen Sonderheiten und Eigenarten, die dem Grenzland Elsaß-Lothringen von jeher eigen waren und es als besonderen Landschaftstypus kennzeichnen. Sie ist also in ihrem inneren Wesen mit der politischen Gesamtentwicklung ebenso verwachsen wie mit der geistigen und erhält auch nur in diesem Zusammenhang ihre eigentliche Bedeutung. Mit andern Worten: Das Elsässische Theater ist als Gesamterscheinung weniger eine rein künstlerisch-literarische, als eine kulturgeschichtliche, ja sogar kulturpolitische Angelegenheit.

Zwar, die Satzungen des Elsässischen Theaters lassen von dieser für das Elsaß so kennzeichnenden wie unerläßlichen Verflechtung politischer und